

Die Pirouette der Arbeitgeber

Löhne Der Arbeitgeberverband zweifelt an der Statistik zur Lohndiskriminierung der Frauen, um staatliche Eingriffe zu verhindern. 2009 tönte es noch ganz anders

VON DORIS KLECK

Der Aufschrei der Wirtschaftsverbände war laut, als Bundesrätin Simonetta Sommaruga Massnahmen zur Umsetzung der Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau bekannt gab. Die Landesregierung will Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern verpflichten, alle drei Jahre eine Lohnanalyse durchzuführen und diese extern überprüfen zu lassen. Im Geschäftsbericht muss publik gemacht werden, ob es eine Lohndiskriminierung gibt - und, falls ja, welche Massnahmen dagegen ergriffen werden. Von «unnötigen Zwangsmassnahmen gegen Lohndiskriminierung» sprach der Schweizerische Arbeitgeberverband.

Dabei zog der Verband auch das Ausmass der Lohndiskriminierung in Zweifel: «Zuerst muss Klarheit herrschen, ob nicht ein grösserer Teil der Lohnungleichheit mit objektiven Faktoren erklärt werden kann», sagte Geschäftsleitungsmitglied Daniella Lützel Schwab vor einer Woche gegenüber der «Nordwestschweiz».

Gemäss dem Bundesamt für Statistik verdienten Frauen 2012 in der Schweiz 19 Prozent weniger als Männer. Die Hälfte des Lohnunterschiedes lässt sich objektiv begründen aufgrund des Alters oder der Hierarchiestufe. Der Rest ist nicht durch objektive Faktoren erklärbar - es wird deshalb vermutet, dass eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes vorliegt. In der Privatwirtschaft wird die Diskriminierung mit 8,7 Prozent beziffert, was im Durchschnitt 677 Franken pro Monat entspricht.

Basis des Lohngleichheitsdialoges

Die Kritik des Arbeitgeberverbandes an den statistischen Grundlagen erstaunte die Gewerkschaften. Christina Werder, Zentralsekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), hält fest, dass der Arbeitgeberverband die Zahlen des Bundesamtes für Statistik in der Vergangenheit nie angezweifelt, sondern immer mitgetragen habe: «Die Diskussion über die Zahlen ist nicht nachvollziehbar», sagt Werder.

Tatsächlich bildete das vom Bundesamt für Statistik festgestellte Ausmass der Lohndiskriminierung die Grundlage für den Lohngleichheitsdialog der Sozialpartner. Dieser hatte zum Ziel, dass Unternehmen auf freiwilliger Basis ihre Löhne überprüfen und sich verpflichteten, Ungleichheiten zu beseitigen.

Bei der Lancierung des Lohngleichheitsdialoges 2009 sagte der damalige Arbeitgeberdirektor Thomas Daum: «Klammert man die objektiv begründeten Differenzen aus, so verbleibt nach den Analysen der Statistiker noch ein Lohnunterschied zwi-



Der ehemalige Arbeitgeberdirektor Thomas Daum (vorne) akzeptierte die Studien zur Lohnungleichheit - unter seinem Nachfolger Roland A. Müller zweifelt der Verband die Ergebnisse an.

KEYSTONE

«Die Diskussion über die Zahlen ist nicht nachvollziehbar.»

Christina Werder,
Zentralsekretärin des
Schweizerischen
Gewerkschaftsbundes

schen Mann und Frau von 7 bis 8 Prozent, der mit dem heute vorgestellten Projekt angegangen werden soll.»

Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam «mittels anerkannter statistischer Methoden» diskriminierende Lohnunterschiede identifizieren, sei das eine gute Voraussetzung, um Gegenmassnahmen zu ergreifen. Der Bundesrat hat den Lohngleichheitsdialog mittlerweile für gescheitert erklärt, weil in fünf Jahren nur 51 Unternehmen daran teilgenommen haben.

Nicht auf dem neuesten Stand?

Von einer Pirouette will der Arbeitgeberverband nichts wissen. Daniella Lützel Schwab weist die Kritik zurück: «Es gibt heute begründete Zweifel daran, ob die bisherige Methodik zur Analyse der Lohndiskriminierung auf dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis beruht oder ob nicht zusätzliche Indikatoren für Lohnunterschiede berücksichtigt werden müssten.»

Dazu gehören für Lützel Schwab beispielsweise Berufs- und Führungserfah-

runge, Weiterbildungen oder Sprachkenntnisse. Sie verweist darauf, dass der Bundesrat das Bedürfnis erkannt habe, dass bei der Methodik Transparenz geschaffen werden muss. Tatsächlich empfiehlt der Bundesrat ein Postulat von Nationalrat Ruedi Noser (FDP/ZH) zur Annahme, das einen entsprechenden Bericht verlangt - um einen «Konsens über die angewandte Methode sicherzustellen».

Der Bundesrat hält in der Antwort auf das Postulat allerdings auch fest, dass die Methode international anerkannt und auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft sei. Gedeckt wird diese Aussage durch eine neue Nationalfondsstudie, die zum Schluss kommt, dass Frauen bereits beim Berufseinstieg weniger verdienen als Männer: Für sieben Prozent des Unterschiedes fanden die Forscher keine objektiven Gründe - er müsse wohl mit Diskriminierung erklärt werden.

Gewerkschaftssekretärin Werder wertet den Statistikstreit deshalb als Verzögerungstaktik, um die angekündigten Massnahmen des Bundesrates zu verhindern.

DE SCHEPPER

Wirtschaftsführer haben nichts gelernt

Siebensausendeinhundertundzwoölf (7112) Franken im Monat hatte jeder Schweizer Durchschnittshaushalt im Jahr 2012 zur Verfügung. Die Zahl des Bundesamtes für Statistik tönt nach viel und taugt wenig. Denn diesen Durchschnitt lebt real niemand. Denn - wie das gleiche Amt nachschreibt - die klare Mehrheit aller Haushalte (60 Prozent) hatte weniger Geld zur Verfügung als diese arithmetisch berechneten 7112 Franken. Vor zehn Jahren betrug dieser Durchschnitt erst 6591 Franken pro Haushalt.

Genau das ist das Problem: Für viele Schweizerinnen und Schweizer ist die Steigerung von 6591 auf 7112 Franken keine gelebte Realität in ihrem eigenen Haushalts-Portemonnaie. Für sie wurden nur die Wohnungen und die Krankenkassen teurer und der Stress im Job grösser. Auch darum stimmten viele am 9. Februar Ja zur Masseneinwanderungsinitiative.

Genau darum geht es immer noch. Das Ventil heisst jetzt Ecopop. Mag Ecopop noch so schräg sein wie seine Initianten, die einerseits in Afrika missionarisch Kondome verteilen wollen und selber zu Hause viele Kinder haben, andererseits wachstumskritisch Landschaftsschutz und Beschei-



von **Werner De Schepper**

denheit predigen und selber grosszügig Wohnraum verbrauchen und Land besitzen.

Nur: Diese Initianten-Schelte ändert nichts am Grundgefühl derjenigen, denen das Wachstum im Land nichts bringt ausser Ärger und Sorgen. «Déjà vu», antwortet zornig Leserbriefschreiber Marcel Frizzoni-Casals aus Wettingen auf die Anti-Ecopop-Beschwörungen von Economie-suisse-Chef Heinz Karrer am Dienstag in der Aargauer Zeitung. Und so tönt es in vielen Leserbriefen und Online-Foren.

Fürwahr. Die Wirtschaft und ihre Führer haben nichts, aber auch gar nichts gelernt aus dem 9. Februar und nirgends konkret ein Zeichen gesetzt, um die Wachstumsverlierer zu Wachstumsfreunden zu machen. Wo war das Unternehmen, das sagte, wir schaffen jetzt selber Krippen, damit mehr Frauen bei uns arbeiten können. Oder: Wir schaffen selber und

Für viele Schweizer wurden nur die Wohnungen und die Krankenkassen teurer und der Stress im Job grösser.

freiwillig Lohntransparenz, damit alle sehen, dass Frauen bei uns gleich viel verdienen wie Männer. Oder: Wir bieten allen Arbeitnehmenden um die 50 eine berufliche Standortanalyse und Weiterbildung an - statt wie heute die über 50-Jährigen automatisch als Ballast zu betrachten und sie rasch durch junge, willige und billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu ersetzen.

Wo sind die Tatbeweise, dass die Wirtschaft etwas aus dem 9. Februar gelernt hat? Solange dieses inländische Potenzial - insbesondere Frauen und ältere Arbeitnehmer - weiterhin nur die kalte Schulter sieht, ist es das gefährliche Potenzial von Ecopop.

Werner De Schepper ist Kolumnist der «Nordwestschweiz» und Moderator von Tele M1.

@ werner.deschepper@azmedien.ch

Kriegsmaterial

Indonesien sei Dank: Schweiz exportiert wieder mehr Waffen

Die Schweizer Kriegsmaterialexporte legen zu: Von Januar bis September wurden Rüstungsgüter im Wert von rund 343 Millionen Franken ausgeführt, unter anderem deshalb, weil Indonesien ein neues Fliegerabwehrsystem gekauft und insgesamt 53,4 Millionen Franken für Schweizer Rüstungsgüter ausgegeben hat. Die Exporte sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 40 Millionen Franken gestiegen. Dies geht aus den Zahlen hervor, die die Eidgenössische Zollverwaltung gestern publizierte.

Bald profitiert die Rüstungsindustrie zudem von neuen Regeln zum Kriegsmaterialexport. Unter dem Eindruck der sinkenden Exporte hatte das Parlament in diesem Jahr einer Lockerung zugestimmt. Ab 1. November sind Kriegsmaterialexporte nur noch dann verboten, wenn ein hohes Risiko besteht, dass das Material für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird.

Wichtigstes Abnehmerland für Schweizer Rüstungsgüter war Deutschland: Bis September gingen Waren im Wert von 117 Millionen Franken über die Grenze. (SDA)

Umweltkommission will AKWs bis zu 60 Jahre am Netz halten

Atomstrom Die Umweltkommission des Nationalrats zerzaust den Vorschlag des Bundesrats zur Energiewende.

VON NICOLAS HEHL

Fast vier Jahre nach der Reaktor Katastrophe von Fukushima kann der Nationalrat in der Wintersession über das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 beraten. Seine Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) will zwar eine Energiewende, aber nicht genau die gleiche wie der Bundesrat.

Ein Jahr lang hat sie sich nun mit der Vorlage befasst und dabei zahlreiche Änderungen am Entwurf vorgenommen. Eine davon betrifft die Modalitäten des Atomausstiegs und damit den Kern der Vorlage. Während der Bundesrat die bestehenden Atomkraftwerke so lange weiterlaufen lassen will, wie die Aufsichtsbehörde diese als sicher ein-

stuft, verlangt die Urek nach einer Betriebszeit von 40 Jahren ein Langzeitkonzept. Dieses soll eine steigende Sicherheit gewährleisten, etwa durch bauliche Nachrüstungen. Bewilligt die Aufsichtsbehörde das Konzept, soll das Atomkraftwerk um weitere 10 Jahre laufen dürfen, womit Betriebszeiten von mehr als 60 Jahren möglich würden. Wird ein AKW aber vom Netz genommen, sollen die Betreiber keine Entschädigung verlangen können. Das will die

Die Atomausstiegsinitiative der Grünen verlangt eine Abschaltung spätestens nach 45 Jahren.

Urek ausdrücklich im Gesetz verankern. Die Atomausstiegsinitiative der Grünen, zu welcher das erste Massnahmenpaket einen indirekten Gegenvorschlag darstellen soll, verlangt eine Abschaltung spätestens nach 45 Jahren. Die Urek empfiehlt das Volksbegehren mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung zur

Ablehnung, wie die Parlamentsdienste am Dienstag mitteilten. Den Grundsatzentscheid, dass keine neuen AKWs gebaut werden dürfen, hat das Parlament schon 2011 gefällt. An dessen Umsetzung im Rahmen des ersten Massnahmenpakets will die Urek nicht rütteln.

Hingegen hat sie die vom Bundesrat vorgeschlagenen Verbrauchsziele aus der Vorlage gestrichen, diese sollen nur noch als Richtwerte gelten. Auch die vom Bundesrat vorgeschlagenen Produktionsziele für Strom aus erneuerbaren Energien will die Urek in Richtwerte umwandeln.

Als Förderinstrument für erneuerbare Energien wird bis zur Einführung eines Lenkungssystems die Einspeisevergütung (KEV) beibehalten. Der Zuschlag, der dafür erhoben werden kann, soll bis zu 2,3 Rappen pro Kilowattstunde betragen. Geht es nach der Mehrheit der Urek, würde mittels KEV nicht mit der Giesskanne, sondern eine «marktnahe Produktion» gefördert: Wird in Zeiten mit hohem Verbrauch produziert, sollen mehr Fördergelder fliessen. (SDA)